

## Die Bürgerinitiative informiert:

Die Stadt Freiburg steht vor der Schwierigkeit, das Problem des öffentlichen Nahverkehrs zu lösen. Zum einen drängt der unausgeglichene Haushalt, zum anderen der Termin zur Umgründung der Stadtwerke. Zwei Maßnahmen sollen dem Übel Defizit bei den Stadtwerken abhelfen.

### TARIFERHÖHUNG UM 35% BEI DEN WOCHENSICHTKARTEN

Wochensichtkarte	Mo - Fr	+ 50%
Wochensichtkarte	Mo - Fr	+ 40%
Schüler-Wochennetzkarte		+ 40%
Seniorennetzkarte		+ 30,5%
Einzelfahrt		+ 28,5%
Mehrfahrtenkarte im Bus gelöst		+ 33%
Mehrfahrtenkarte im Vorverkauf		+ 16,6%

Die Badische Zeitung soll sich einen Mathematiker besorgen, wenn sie hier nicht durchrechnen kann, daß das im Schnitt eine Erhöhung um 34% ist. Statt zu faseln, daß um durchschnittlich 20% erhöht wird, sollte sie lieber durchrechnen: Von den 50% und 40% Erhöhungen werden genau die betroffen, die auf die Straßenbahn angewiesen sind und 65% der Fahrgäste stellen. Arbeiter, was bringt diese Erhöhung eigentlich? Angestellte und Schüler! Diese Erhöhung bringt bestensfalls weitere 3 Mio. Mark, die uns aus den Taschen gezogen werden. Aber kann dies die Misere der Stadtwerke lösen? Nein. Immer haben wir gesehen, daß diese Tarifierhöhungen nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind, und das ist auch gang verständiglich:

Die Stadtwerke haben 120 Mio. DM Schulden bei den Banken, und die hohen Zinszahlungen sind das eigentliche Defizit der Stadtwerke. Bei einem Defizit von ca. 4 Mio. können die Stadtwerke ganze 9 Mio. DM an die Banken zahlen. Und da sind wir bei der zweiten Maßnahme der Stadt:

### PRIVATISIERUNG DER STADTWERKE

Die Stadt behauptet ganz unverfroren, durch die Umgründung werde die miserable Eigenkapitalsituation der Stadtwerke überwunden und die Stadtwerke könnten dann endlich besser arbeiten.

Die Zahlen, vor denen sich die sog. Sachinformation drückt, beweisen ganz andere Dinge:

Statt 30 Mio. Eigenkapital hatten die Stadtwerke dann 48 Mio.

aberr: statt 120 Mio. Schulden bestenfalls nur noch 100 Mio., die durch den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs nach Westen mit den damit verbundenen Investitionen sofort verbraucht wären und die alte Situation besteht wieder.

Halten Sie das für eine Lösung des Problems?

Was aber wird tatsächlich erreicht?

Die Stadt Freiburg nähert sich mit Schallgeschwindigkeit der Verschuldungsgrenze und kann sich nur noch durch rücksichtsloses Abschneiden aller "sozialer Verpflichtungen" über Wasser halten. Weil sie

das Defizit der Stadtwerke, die 4-5 Mio Mark, die ja doch nur Zinszahlungen an die Banken sind, nicht mehr ausgleichen kann, verkauft sie die Stadtwerke bröckelweise: Für lumpige 18 Mio. erhält die Thüringische Gas die Verfügungsgewalt über 200 Mio DM Vermögenswerte der Stadtwerke.

Der Kern der Frage ist: Warum brauchen die Stadtwerke Fremdkapital?

Hätten die Stadtwerke ausreichend Eigenkapital, müßten sie keine Zinsen zahlen und hätten sogar Gewinn. Warum haben sie nicht genug Eigenkapital, fragt sich der Bürger, der doch fast 30% seines Bruttoeinkommens an Steuern zahlt, die zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben benutzt werden sollen.



Ist die Straßenbahn etwa keine gemeinschaftliche Leistung?

ABER dafür, für die Investitionen werden keine Steuermittel eingesetzt, sondern Geld von den Banken aufgenommen, das wir Steuer zahlen müssen: Und der Ausgleich über den Stadtsäckel von 4-5 Mio DM stellt nichts anderes dar als Zinsen, d.h. Profit für die Banken.

Was bringen nun die Maßnahmen der Stadt

Alle "Sachinformationen im Beamtendeutsch" (weil man die Tatsachen fürchtet) kann nicht verschleiern:

Solange die Stadtwerke ständig mit viel zu geringem Eigenkapital ausgestattet werden, und der Stadt die Steuern nicht für Neuinvestitionen und für gemeinschaftliche Aufgaben ausgeben, müssen die, mit den vorhandenen Mitteln eigentlich mehr kostendeckend (nämlich Profit für die Banken erwirtschaftenden) arbeitenden Verkehrsbetriebe defizitär bleiben.

Die Stadt muß teure Kredite aufnehmen und dafür hohe Zinsen zahlen. Wenn dann die Verschuldungsgrenze fast erreicht ist, muß sie sogar die Verfügung über diese öffentlichen Einrichtungen, von denen wir alle abhängig sind, in die Hände von privaten Unternehmern legen, die nicht mehr die öffentliche Versorgung, sondern nur noch den maximalen Profit im Auge haben.

Und die Stadt soll uns doch nicht für dumm verkaufen, daß wir keine Abnehmerpflicht für Strom und Wasser haben. Mit was sollen wir denn unsere Waschmaschine laufen lassen. Wir können uns den Strom und das Wasser nicht aussuchen!

Die Stadt plant die Zweiteilung der Stadtwerke in eine Versorgungsbetriebs AG und eine Verkehrsbetriebe AG. Oberbaudirektor Kuntzenmüller nennt das einen wesentlichen Zweck der Umgründung. Die Verkehrsbetriebe müssen nun versuchen, eigenständig das Defizit zu tragen. Das bedeutet, daß dieses Defizit nun voll auf die Bevölkerung abgewälzt werden kann. Bei den Versorgungsbetrieben, die bisher schon Gewinn in Höhe von 5 Mio gemacht haben, bedeutet das, daß ungestört weiter hohe Gewinne gemacht werden können. Gleichzeitig werden die billigen Tarife für Strom der Industrie beibehalten.

Fassen wir zusammen:

Unsere Steuern werden nicht für gemeinnützige Zwecke ausgegeben (oder ist die Straßenbahn kein solcher Zweck?), den Kommunen werden ständig Gelder gestrichen. Das hat nun in Freiburg soweit geführt, daß die Stadtwerke, die mit unseren Geldern (Fahrpreise und Stromgeldern etc.) nunmehr einen Wert von 200 Mio DM darstellen, für einen Pappenstiel, nämlich 18 Mio DM, an einen privaten Unternehmer verkauft werden sollen.

Es stellt sich nun uns die böse Frage:

Zahlen wir vielleicht mittels unserer Steuern die Polizisten, die voraussichtlich über unsern Kampf gegen diese ungerechtfertigten Tarifierhöhungen (50 !!%) mit Wasserwerfern und Knüppel wie in Hannover und anderen Städten unterdrücken.

Beteiligt Euch an Unterschriftenaktionen der Bürgerinitiative, kauf die Analyse, unterstützt durch Spenden die Bürgerinitiative Roter Punkt! Ohne Ihre Unterstützung können wir Ihre Interessen nicht wirkungsvoll verteidigen!

Termine

Stadtteilversammlung

Do 24.2., 19.30 Uhr Gasthaus Löwenkeller, Klarastr. (Stühlinger)

Fr 25.2., 20.00 Uhr, Ev. Gemeindegemeinschaft (Landwasser)

PODIUMSDISKUSSION ÜBER TARIFIERHÖHUNG UND UMGÜNDUNG DER STADTWERKE